
3520/J XXVIII. GP

Eingelangt am 02.10.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Sigrid Maurer, Barbara Neßler, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Bildung

betreffend Scientology-Workshop an Österreichs Schulen

BEGRÜNDUNG

Es ist besorgniserregend, dass der Verein „Sag NEIN zu Drogen“, der in Österreich nach außen hin als Präventionsinitiative auftritt, weiterhin Workshops und Vorträge an Schulen durchführen kann. Wie die Wiener Zeitung¹ berichtet hat, steht der Verein in Verbindung mit der Scientology-Kirche – eine Organisation, die in Österreich als Sekte eingestuft ist und deren Methoden und Zielsetzungen seit Jahrzehnten kritisch beurteilt werden.

Die Bundesstelle für Sektenfragen warnte bereits 2023 alle Bildungsdirektionen ausdrücklich vor den Aktivitäten des Vereins. Ausschlaggebend waren insbesondere die wissenschaftlich nicht fundierten Inhalte, die auf Panikmache und Horrorszenarien setzen, sowie die fehlende Transparenz über die ideologische Anbindung an Scientology. Fachstellen wie die Bundesstelle für Sektenfragen und das Institut für Suchtprävention kritisieren, dass diese Inhalte nicht dem Stand moderner Prävention entsprechen und für Jugendliche, insbesondere mit psychischen Erkrankungen, sogar schädlich sein können.

Trotz dieser Warnungen konnte der Verein seither mehrfach an Schulen auftreten, zuletzt im Mai 2025 an einer öffentlichen Mittelschule in Niederösterreich. Die dortige Direktorin bezeichnete den Workshop als „pädagogisch nicht wertvoll“ und machte deutlich, dass die Verbindung zu Scientology im Vorfeld nicht erkennbar war und bezeichnet die Einladung „als großen Fehler“.

Es ist nicht hinnehmbar, dass unsere Kinder und Jugendlichen in der Schule einem solchen Risiko ausgesetzt sind. Schulen müssen sichere Orte sein, an denen sich Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte auf fachlich fundierte Prävention verlassen können. Es braucht pädagogische Verantwortung und altersgerechte, evidenzbasierte Aufklärung.

¹Wiener Zeitung: „Trotz Warnungen – Scientology-Verein an Österreichs Schulen“

<https://www.wienerzeitung.at/a/trotz-warnungen-scientology-verein-an-oesterreichischen-schulen-aktiv>

Der Bildungsminister ist daher dringend gefordert, sicherzustellen, dass Angebote an Schulen sowohl wissenschaftlich fundiert als auch pädagogisch-didaktisch hochwertig sind. Angebote mit klarer Sektenanbindung haben in der Schule nichts verloren.

Die Tatsache, dass der Verein weiterhin öffentlich auftreten kann und an Schulen Zugang erhält, wirft Fragen zur Kontrolle, Qualität und Transparenz von Präventionsprogrammen auf.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

- 1) Ist Ihnen der gegenständliche Fall, wie er in der Wiener Zeitung berichtet wurde, bekannt? Wenn ja, seit wann?
- 2) Welche Informationen liegen Ihnen und Ihrem Ressort zu den Verbindungen zwischen dem Verein „Sag NEIN zu Drogen“ und der Scientology-Kirche vor und teilen Sie deren Einschätzung?
- 3) Hat es in den letzten fünf Jahren weitere Workshops des Vereins „Sag NEIN zu Drogen“ an Schulen gegeben? Wenn ja, an welchen und wie viele?
- 4) Wie viele dieser Workshops wurden seit der Warnung der Bundesstelle für Sektenfragen an die Bildungsdirektionen 2023 abgehalten?
- 5) Wie erklären Sie sich die Tatsache, dass Angebote, vor denen die Bundesstelle für Sektenfragen die Bildungsdirektionen bereits 2023 gewarnt hat, dennoch an Schulen durchgeführt werden konnten?
- 6) Gab es in den letzten fünf Jahren weitere Fälle, in denen Organisationen mit Sektenbezug Zugang zu Schulen erhielten? Wenn ja, welche?
- 7) Welche konkreten Schritte haben Sie seit Bekanntwerden des Vorfalls durch die Wiener Zeitung gesetzt?
- 8) Welche konkreten Maßnahmen wurden nach der Meldung der Bundesstelle für Sektenfragen 2023 vom Bildungsministerium und den Bildungsdirektionen gesetzt?
- 9) Wurde von Ihrem Ressort geprüft, ob gegenüber „Sag NEIN zu Drogen“ rechtliche oder schulpolitische Konsequenzen möglich sind? Wenn ja, welche?
- 10) Welche Schritte unternehmen Sie, um sicherzustellen, dass Schulen im Falle problematischer Programme rasch handeln können (z. B. Abbruch, Nachbereitung, Information der Eltern etc.)?
- 11) Welche Vorgaben bestehen derzeit für Schulen, wenn sie externe Anbieter von Präventionsworkshops oder Vorträgen einladen? Wie stellen Sie als Bildungsminister sicher, dass Vereine und Organisationen – vor denen offizielle Stellen warnen – ihre Angebote nicht an Schulen bringen?
- 12) Wie stellen Sie sicher, dass externe Programme psychisch belastende Inhalte oder Panikmache vermeiden?
- 13) Wie stellen Sie sicher, dass schulische Prävention unabhängig und evidenzbasiert bleibt, ohne dass wertvolle außerschulische Angebote generell blockiert werden?